



Per E-Mail

An die akkreditierten Medien

Zug, 2. April 2014

MEDIENMITTEILUNG

Bundesasylunterkunft Gubel - Vorbereitungen laufen

Der Bund wird die Militärunterkunft Gubel in der Gemeinde Menzingen ab Frühling 2015 während der gesetzlich vorgegebenen Frist von maximal drei Jahren als Asylunterkunft nutzen. Davor und danach wird die Truppenunterkunft wie bisher durch das Militär genutzt. Die Gemeinde Menzingen und der Kanton Zug nahmen im Rahmen eines Konsultationsverfahrens Stellung zu zentralen Fragen der Sicherheit und Beschäftigung.

Das eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) hat die Gemeinde Menzingen und den Kanton Zug im Rahmen eines gesetzlich vorgesehenen Konsultationsverfahrens zur Stellungnahme eingeladen. Die Gemeinde Menzingen und der Kanton haben diese Woche die Möglichkeit genutzt, um ihre Anliegen einzubringen. "Die lokalen Bedürfnisse müssen berücksichtigt werden." unterstreicht Roman Straub, Gemeindepräsident Menzingen. Zentral sind Fragen der Sicherheit, des Betriebs- und Betreuungskonzepts und der Tagesstruktur bzw. einer sinnvollen Beschäftigung. Sowohl der Gemeinderat Menzingen als auch der Regierungsrat legen Wert auf eine optimal koordinierte Planung im Hinblick auf den Betrieb der Bundesasylunterkunft sowie auf eine transparente und umfassende Information der Bevölkerung und aller Involvierten.

Betrieb der Bundesasylunterkunft

Betrieben wird die Bundesasylunterkunft Gubel vom Bundesamt für Migration (BFM) und nicht vom Kanton Zug oder der Gemeinde Menzingen. Er trägt auch die Sicherheits- und die Betriebskosten. Der Einwohnergemeinde Menzingen und dem Kanton Zug entstehen keine Kosten. Die Plätze in der Bundesasylunterkunft werden dem kantonalen Kontingent für Asylsuchende angerechnet. Die Unterkunft Gubel wird als sogenanntes Wartezentrum betrieben.

Erfolgsrezept sinnvolle Beschäftigung

"Entscheidend für ein friedliches Miteinander ist neben dem Sicherheitskonzept ein gutes Betreuungs- und Beschäftigungsprogramm für die Asylsuchenden," bilanziert die Zuger Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard. Das BFM wird in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Menzingen Beschäftigungsprogramme zum Nutzen der gesamten Bevölkerung schaffen.

Nächste Schritte

Der Gemeinderat Menzingen wird am 25. Juni 2014 eine Informationsveranstaltung für die Bevölkerung von Menzingen durchführen. Bis dann werden einige Punkte für den Betrieb der Bundesasylunterkunft Gubel besprochen und festgelegt sein, was die Voraussetzung ist zur Beantwortung konkreter Fragen. Zu gegebener Zeit wird auch eine Begleitgruppe ihre Arbeit aufnehmen.

Kasten:

Befristetes Wartezentrum

Der Bund wird die Militärunterkunft Gubel in der Gemeinde Menzingen ab Frühling 2015 während maximal drei Jahren als Asylunterkunft nutzen. Davor und danach wird die Truppenunterkunft wie bisher durch das Militär genutzt. Die Unterkunft Gubel wird mit maximal 120 Personen belegt und durchschnittlich bleibt jede Person zwischen 5 bis 8 Wochen. Weil die Asylunterkunft oberirdisch ist, eignet sie sich für die Platzierung von Familien und Frauen. Für den Betrieb der Unterkunft ist der Bund (BFM) zuständig und trägt die Kosten, zum Beispiel für die Sicherheit, für Beschäftigungsprogramme und für die Betreuung. Der Bund sichert dem Kanton zusätzlich eine jährliche Sicherheitspauschale zu.

Direktion des Innern

Weitere Auskünfte:

heute Mittwoch, 2. April 2014 von 15.00 bis 16.00 Uhr

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin
manuela.weichelt@zg.ch

Tel. 041 728 24 30

Roman Staub, Gemeindepräsident Menzingen
roman.staub@datazug.ch

Tel: 079 482 64 56